

## Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 23. April 1986

am Freitag, dem 25. April 1986

### Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bernrath (SPD)	19, 20	Mann (DIE GRÜNEN)	33, 72
Berschkeit (SPD)	21, 22	Dr. Mitzscherling (SPD)	47
Brück (SPD)	69, 70	Paterna (SPD)	13, 14
Catenhusen (SPD)	67, 68	Pauli (SPD)	34, 35
Dr. Emmerlich (SPD)	45, 46	Peter (Kassel) (SPD)	30, 31
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	50	Reimann (SPD)	1, 2
Funk (CDU/CSU)	40, 41	Roth (SPD)	48
Gansel (SPD)	25, 26	Rusche (DIE GRÜNEN)	32, 71
Grünbeck (FDP)	42	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	62, 63
von Hammerstein (CDU/CSU)	53, 54	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	38
Hinsken (CDU/CSU)	56, 57	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	5, 6
Immer (Altenkirchen) (SPD)	9, 10	Sielaff (SPD)	65, 66
Dr. Jens (SPD)	43, 44	Dr. Sperling (SPD)	11, 12
Kastning (SPD)	7, 8	Stiegler (SPD)	29, 36
Kirschner (SPD)	3, 4	Susset (CDU/CSU)	51, 52
Kohn (FDP)	37, 58	Tatge (DIE GRÜNEN)	64
Kretkowski (SPD)	15, 16	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	39, 55
Lange (DIE GRÜNEN)	60, 61	Werner (Westerland) (DIE GRÜNEN)	28
Frau Dr. Lepsius (SPD)	23, 24	Wieczorek (Duisburg) (SPD)	49
Liedtke (SPD)	17, 18	Frau Zutt (SPD)	27, 59

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter  
**Reimann**  
(SPD) In welcher Höhe wurden seit 1983 Bundesbauaufträge vergeben, und wie hoch war dabei der Anteil der Aufträge an ausländischen Bauunternehmen?
2. Abgeordneter  
**Reimann**  
(SPD) In welchem Ausmaß haben seit 1983 Bundesbauaufträge dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe zu verringern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit  
und Sozialordnung**

3. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD) Wie hoch war die Zahl der Überstunden, die 1985 gearbeitet wurden, und wie lauten die entsprechenden Zahlen für 1983 und 1984?
4. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD) Was gedenkt Bundesminister Dr. Blüm konkret zu tun, um wie in einem Interview im Kölner „Express“ von ihm angekündigt, die Mehrarbeit, angesichts von Millionen Arbeitslosen, abzubauen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

5. Abgeordneter  
**Schmitt**  
(Wiesbaden)  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die für den Münchener Hauptbahnhof getroffene Regelung, wonach dort keine öffentlichen Spielhallen eingerichtet werden, auch für andere Bahnhöfe gegenüber dem Bundesbahnvorstand durchzusetzen?
6. Abgeordneter  
**Schmitt**  
(Wiesbaden)  
(SPD) Ist die Bundesregierung nach der Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in dieser Sache bereit, nunmehr dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn zu empfehlen, aus Gründen des Jugendschutzes in Bahnhöfen oder Bahnanlagen keine öffentlichen Spielhallen zuzulassen?
7. Abgeordneter  
**Kastning**  
(SPD) Auf Grund welcher Rechtsvorschriften ist die Deutsche Bundesbahn nicht in der Lage, Schülerwochen- und -monatskarten für eine Teilstrecke zwischen dem Bahnhof des Wohnortes und des Ausbildungsortes abzugeben, d. h. zwischen Bahnhof des Wohnortes und dem Umsteigebahnhof?

8. Abgeordneter  
**Kastning**  
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, künftig Schülern und Auszubildenden Fahrpreisermäßigungen bei der Deutschen Bundesbahn (DB) einzuräumen, wenn diese nur eine Teilstrecke zwischen Wohnort und Ausbildungsort mit der DB fahren, weil sie ab dem auf der Gesamtstrecke liegenden Umsteigebahnhof eine zeitlich wesentlich günstigere andere Anschlußbeförderung als die durch die DB nutzen?
9. Abgeordneter  
**Immer**  
(Altenkirchen)  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg der von ihr verordneten Abgasuntersuchung für Kraftfahrzeuge (ASU)?
10. Abgeordneter  
**Immer**  
(Altenkirchen)  
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Verordnungen über die Abgasuntersuchungen bei Kraftfahrzeugen so zu verändern, daß Folgewirkungen – wie Motorschäden, höhere Abgaswerte und höherer Kraftstoffverbrauch – in Zukunft nicht mehr auftreten?
11. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD)
- Wie viele Arbeitnehmer und wie viele Auszubildende hätten von 1983 bis jetzt einen Arbeitsplatz erhalten können, wenn der Personalbestand von Deutscher Bundesbahn und Deutscher Bundespost in diesem Zeitraum unverändert geblieben wäre?
12. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung beziffern oder abschätzen, zu welchen positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen der Personalabbau bei Deutscher Bundesbahn und Deutscher Bundespost insbesondere auf dem Arbeitsmarkt geführt hat?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen**

13. Abgeordneter  
**Paterna**  
(SPD)
- Welche Personalprognosen im Post- und Fernmeldewesen liegen für die Jahre bis 1994 vor, und mit welchen Ergebnissen sind diese Prognosen mit ihren Auswirkungen in die 90er Jahre hinein bereits in die Nachwuchsplanung eingeflossen?
14. Abgeordneter  
**Paterna**  
(SPD)
- Mit welchem Ausbildungsangebot wird voraussichtlich für die Jahre 1987, 1988 und 1989 auf der Basis der derzeitigen Erkenntnisse und Prognosen gerechnet, und trifft es zu, daß die Nachwuchsquote für die Laufbahnen AP und BP in den Jahren ab 1988 auch deshalb stark zurückgehen, weil sie heute aus politischen Gründen konstant gehalten werden?

15. Abgeordneter  
**Kretkowski**  
(SPD) Trifft es zu, daß im Personalhaushalt 1986 im Bereich des Postwesens rund 3 000 Kräfte eingespart werden sollen, und auf welche Aufgaben bzw. Dienstleistungen und auf welche Laufbahnen entfallen diese Personalverminderungen?
16. Abgeordneter  
**Kretkowski**  
(SPD) Wie hoch war in den ersten Monaten dieses Jahres der Personalfehlbestand im Post- und Fernmeldewesen, und wie wirkt sich dieser Fehlbestand auf die Aufgabenerledigung aus?
17. Abgeordneter  
**Liedtke**  
(SPD) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost (DBP) beabsichtigt, in den Jahren 1986/1987 im Zustelldienst „rollierende Dienstpläne“ einzuführen, und trifft es zu, daß die DBP in ihren Planungen davon ausgeht, daß mit dieser Maßnahme im oben genannten Zeitraum 1 500 Arbeitsplätze eingespart werden?
18. Abgeordneter  
**Liedtke**  
(SPD) Welche Erfahrungen liegen bei der Deutschen Bundespost bisher mit „rollierenden Dienstplänen“ vor, und wo liegen die Vor- und Nachteile für die Beschäftigten, die Kunden und die Verwaltung?
19. Abgeordneter  
**Bernrath**  
(SPD) Ist die im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen inzwischen vorgenommene Trennung der Postbankdienste vom übrigen Postdienst auch bei den Oberpostdirektionen, Postämtern und Poststellen vorgesehen, und welche Auswirkungen hätte dies für die Kundenbedienung?
20. Abgeordneter  
**Bernrath**  
(SPD) Welche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die im Postbankdienst eingesetzten Kräfte hält die Bundesregierung für erforderlich, um sie für optimale Kundenberatung zu qualifizieren?
21. Abgeordneter  
**Berschkeit**  
(SPD) Wie viele Telebrief- und Datapostsendungen – vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen als besonders erfolgreiche Neuerungen herausgestellt – sind 1985 insgesamt und bezogen auf je 1 000 Einwohner im Bereich der Deutschen Bundespost eingeliefert worden?
22. Abgeordneter  
**Berschkeit**  
(SPD) Wie viele Arbeitsplätze konnten auf Grund dieser Neuerungen bei der Deutschen Bundespost zusätzlich eingerichtet werden, und wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

23. Abgeordnete  
**Frau Dr. Lepsius**  
(SPD) Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Schließung der Sprachabteilung des Goethe-Instituts in Mexico-City und die damit verbundene Kündigung der nach BAT beschäftigten deutschen Angestellten des Instituts rückgängig zu

- machen, um Schaden von der Entwicklung der deutschen Sprachkultur und für das Ansehen der kulturellen Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland im lateinamerikanischen Raum abzuwenden?
24. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Lepsius**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für vertretbar, den nach BAT bezahlten Angestellten des Goethe-Instituts in Mexico-City einen Verzicht auf ihre Arbeitsverträge naheulegen und sie auf ortsübliche (um ein Drittel niedrigere) Gehälter zu verweisen, in denen nicht einmal die gesetzliche Sozialversicherung in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte enthalten ist, und was hat sie beim Präsidium des Goethe-Instituts in München zur Konfliktlösung unternommen?
25. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die militärisch-technische Zusammenarbeit mit Israel zu intensivieren und den Export von Kriegswaffen, Rüstungsgütern und militärischem Know-how in ein weiteres Land des Nahen Ostens zu genehmigen?
26. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Aus welchen Gründen und in welchem Umfang hat die Bundesregierung mit Tunesien eine militärisch-technische Zusammenarbeit vereinbart?
27. Abgeordnete  
**Frau  
Zutt**  
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Tatsache, die sich aus der erwähnten SPIEGEL-Meldung ergibt, daß die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsgebiet Naher Osten sowohl Israel wie Saudi-Arabien mit Rüstungsgütern beliefern will?
28. Abgeordneter  
**Werner  
(Westerland)**  
(DIE GRÜNEN)
- Inwieweit und in welcher Form hat die Bundesregierung vor, den Deutschen Bundestag über die finanziellen Schwierigkeiten der UNO und die diesbezügliche einwöchige Sondersitzung der UNO-Generalversammlung (vom 28. April bis zum 2. Mai 1986) zu informieren?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

29. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Welche Untersuchungen hat die Bundesregierung über die gesundheitlichen Auswirkungen des Einsatzes von CS-Gas auf Betroffene und Anwender vornehmen lassen, und zu welcher Beurteilung des CS-Gas-Einsatzes als polizeiliches Einsatzmittel ist sie dabei gekommen?
30. Abgeordneter  
**Peter  
(Kassel)**  
(SPD)
- Wie wirkt sich der Erlaß des Bundesministers des Innern vom 19. November 1985 und 17. Dezember 1985, nachdem der Unterricht an Grenzschutzfachschulen teilweise durch Grenzschutzoffiziere übernommen werden soll, auf die berufliche Situation der hauptamtlichen Lehrer an Grenzschutzfachschulen und den Bestand dieser Schulen aus?

31. Abgeordneter  
**Peter**  
**(Kassel)**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß Überlegungen im Gange sind, die Grenzschutzfachschulen gänzlich aufzulösen?
32. Abgeordneter  
**Rusche**  
**(DIE GRÜNEN)**
- Seit wann und in welcher Form lag der Bundesregierung die Meldung über die Funksprüche des libyschen Volksbüros in Ostberlin über eine „Aktion“, die stattfinden soll bzw. daß eine „Aktion“ ohne die Hinterlassung von Spuren stattgefunden hat, und was rechtfertigt die Annahme, daß es sich dabei um den Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) gehandelt haben soll?
33. Abgeordneter  
**Mann**  
**(DIE GRÜNEN)**
- Gibt es Absprachen oder Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich Art und Umfang weiterer Amtshilfe für die Regierung des Freistaates Bayern im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

34. Abgeordneter  
**Pauli**  
(SPD)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von dem Schicksal der 91jährigen Frau Johanna Rausch aus Niederfell, die aus umstrittenen Gründen entmündigt wurde und seit dem 18. April 1985 offensichtlich gegen ihren Willen in einem Altenheim festgehalten wird und sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieses Einzelfalles nicht die Dringlichkeit, das bestehende Entmündigungs-, Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht umgehend zu novellieren?
35. Abgeordneter  
**Pauli**  
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung bei der möglicherweise anstehenden Novellierung des Entmündigungs-, Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht auch vor dem Hintergrund des Schicksals der Frau Johanna Rausch sicherstellen, daß nur noch Personen mit einer Vormundschaft betraut werden, die hierzu die erforderliche Qualifikation und Lebenserfahrung haben, damit die betroffenen Mündel in Würde und ihren Interessen, Fähigkeiten sowie geistiger und körperlicher Verfassung nach leben können?
36. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Treffen die Klagen von Verwertungsgesellschaften zu, daß die Bundesregierung die Erfassung von urheberrechtsvergütungspflichtigen Importen erst mit Verspätung und unzureichend betrieben hat, und wird die Bundesregierung den dadurch verursachten Einnahmeausfall an Tantiemen den Verwertungsgesellschaften im Wege des Schadensersatzes für legislatives Unterlassen erstatten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

37. Abgeordneter  
**Kohn**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, über eine einmalige Briefaktion des Kraftfahrtbundesamtes oder über den jährlichen Bescheid für die Kraftfahrzeugsteuer alle Autofahrer individuell darauf hinzuweisen, ob ihr Personenkraftwagen mit unverbleitem Benzin betrieben werden kann?
38. Abgeordnete  
**Frau Schmidt**  
(Nürnberg)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Steuergesetznovellierung 1984 die Besitzstandsklausel für die gänzliche Kraftfahrzeug-Steuerbefreiung nur noch dann anwendbar ist, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit auf Grund rassistischer Verfolgung mindestens 50 v. H. beträgt, und welche konkreten Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um auch den Opfern des Nazi-Terrors die mit der Besitzstandsklausel verbundenen finanziellen Entlastungen aus sozialen wie politischen Gründen zukommen zu lassen, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 50 v. H. liegt?
39. Abgeordneter  
**Dr. Weng**  
(Gerlingen)  
(FDP)
- Auf welche Weise will die Bundesregierung sicherstellen, daß Bundes- und Landesverbände des Deutschen Bundes für Vogelschutz auch weiterhin in der Lage sind, Spendenbescheinigungen für ihre gemeinnützige Tätigkeit auszustellen?
40. Abgeordneter  
**Funk**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Kostenaufwand für einen Hauswirtschaftslehrling von einem Lehrbetrieb steuerlich nicht absetzbar ist wie andere Lohnkosten, und deshalb die Berufschancen für Mädchen noch mehr eingeschränkt werden?
41. Abgeordneter  
**Funk**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, hier gesetzliche Voraussetzungen zur Verbesserung dieser unbefriedigenden Situation einzuleiten, um weitere arbeitsmarktpolitische Signale zu setzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

42. Abgeordneter  
**Grünbeck**  
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Initiative der Stadt Frankfurt/Main, wonach über zusätzliche Vertragsbedingungen sichergestellt werden soll, daß für die Ausführung von Bauleistungen und sonstigen Leistungen die Beschäftigung von Subunternehmen – insbesondere von Arbeitnehmern und Firmen aus den Ostblockländern – durch Generalbauunternehmen ohne Wissen des öffentlichen Auftraggebers erschwert oder untersagt werden kann?



43. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)
- Ist es richtig, daß die beiden französischen Stahlkonzerne Usinor und Sacilor 1986 etwa 12 Milliarden Franc in Form von Kapitalerhöhungen erhalten, zusätzliche finanzielle Hilfen, die nicht dem Subventionscodex unterliegen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese massiven Wettbewerbsverzerrungen zu unternehmen?
44. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß in allen Fragen der Einschätzung der Architektur von SDI und der Durchführung von Forschungsmaßnahmen im Rahmen von SDI nicht die Koordinierungsstelle des Bundesministeriums für Wirtschaft, sondern das Bundesministerium der Verteidigung unmittelbar zuständig sein soll?
45. Abgeordneter  
**Dr. Emmerlich**  
(SPD)
- In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung die am SDI-Projekt beteiligten deutschen Unternehmen sowie Wirtschaftsverbände über ihre sich aus den SDI-Vereinbarungen ergebenden Rechte und Möglichkeiten zu informieren, und inwieweit beabsichtigt sie, diesen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden den Inhalt oder konkreten Text dieser Vereinbarungen zugänglich zu machen?
46. Abgeordneter  
**Dr. Emmerlich**  
(SPD)
- Ist Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden schon jetzt der Inhalt oder Text dieser Vereinbarungen ganz oder teilweise zugänglich gemacht oder sonst mitgeteilt worden?
47. Abgeordneter  
**Dr. Mitzscherling**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die im SDI-Abkommen enthaltenen Verabredungen nur umgesetzt werden können, wenn das Außenwirtschaftsgesetz und seine Durchführungsbestimmungen, einschließlich der Strafbestimmungen, geändert werden?
48. Abgeordneter  
**Roth**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß in den SDI-Vereinbarungen und den dazugehörigen Nebenabreden vereinbart wurde, daß im Falle von Exportgenehmigungen für sensitive Technologien, deren Genehmigungsfähigkeit unklar ist, weitere Vertragsverhandlungen oder sonstige Aktionen für eine angemessene Frist untersagt werden können?
49. Abgeordneter  
**Wieczorek**  
**(Duisburg)**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zugesagt hat, künftig in allen wichtigen Punkten des COCOM mit der US-Regierung vor den COCOM-Verhandlungen ein bilaterales Einvernehmen herbeizuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

50. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU) Ist sichergestellt, daß die Bundesregierung in diesem Jahr rechtzeitig bei der EG-Kommission in Brüssel die Aussetzung von Einfuhrlicenzen für ausländische Sauerkirscherzeugnisse durchsetzt, um die seit mehreren Jahren zu beobachtenden Störungen auf dem inländischen Markt zu beseitigen?
51. Abgeordneter  
**Susset**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen des neuseeländischen „Dairy Boards“ hinsichtlich der wirtschaftlichen Verwertung hochwertiger Milchbestandteile bei der Herstellung von Säuglingsnahrung sowie pharmazeutischen und kosmetischen Produkten?
52. Abgeordneter  
**Susset**  
(CDU/CSU) Gibt es bereits derartige Initiativen im Bereich der Europäischen Gemeinschaft?
53. Abgeordneter  
**von Hammerstein**  
(CDU/CSU) Können zur Zeit landwirtschaftliche Betriebe, die eine Milchmenge gekauft bzw. eine zusätzliche Referenzmenge aus dem Existenzsicherungsprogramm bekommen haben, einzelbetrieblich gefördert werden?
54. Abgeordneter  
**von Hammerstein**  
(CDU/CSU) Ist es möglich, daß die Mehrkosten der Marktordnungsprodukte zukünftig in der Europäischen Gemeinschaft national bezahlt werden?
55. Abgeordneter  
**Dr. Weng**  
**(Gerlingen)**  
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, das Förderprogramm für Naturschutzvorhaben gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung aus Bundesmitteln fortzuführen und diese Mittel im neuen Haushalt gegebenenfalls angemessen aufzustocken?
56. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund des Strukturwandels in der Landwirtschaft alternativ zu eventuell strukturerhaltenden Agrarsubventionen auch anderweitig flankierend und unterstützend tätig zu werden?
57. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU) Inwieweit wären hierfür investitionsfördernde Regionalbeihilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur nach Meinung der Bundesregierung geeignete Mittel?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

58. Abgeordneter  
**Kohn**  
(FDP) Wird sich die Bundesregierung bei der nächsten Sitzung der Verteidigungsminister der NATO im Mai 1986 dafür einsetzen, daß keine neuen chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden?

59. Abgeordnete  
**Frau Zutt**  
(SPD)
- Trifft die Meldung des SPIEGEL vom 14. April 1986 zu, daß – entgegen früheren Äußerungen von Bundesminister Dr. Wörner – Verhandlungen über konkrete Rüstungsprojekte zwischen der israelischen und der deutschen Regierung schon im Laufe des Sommers vorgesehen sind?
60. Abgeordneter  
**Lange**  
(DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Grundlage werden auf der NATO-Baustelle in Hasselbach-Wüschheim (Hunsrück) Teilnehmer von Friedensgebieten von amerikanischer Militärpolizei aus der Baustelle für die Cruise-Missiles-Basis herausfotografiert, und welches ist die Rechtsgrundlage dafür, daß Soldaten der Bundeswehr in den letzten Wochen verschiedentlich die Kraftfahrzeug-Kennzeichen der Teilnehmer dieser Veranstaltungen notierten?
61. Abgeordneter  
**Lange**  
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wird gegenwärtig um die NATO-Baustelle in Hasselbach-Wüschheim (Hunsrück) ein ca. drei Meter hoher Sichtblendezaun gebaut, und steht dieses Vorhaben in Zusammenhang mit den geplanten Großveranstaltungen der Friedensbewegung im Herbst 1986?
62. Abgeordneter  
**Dr. Schierholz**  
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung meine Beobachtungen, wonach im Bundeswehrdepot in 6541 Kappel (Kreis Cochem-Zell sowie Rhein-Hunsrück) die Sattelschlepper der ersten Staffel des 38. Takt. Flugkörpergeschwaders und in den daneben stehenden Hallen die Auflieger für den Raketenabschuß stationiert sind?
63. Abgeordneter  
**Dr. Schierholz**  
(DIE GRÜNEN)
- Wo befinden sich die Cruise-Missiles-Raketen (sowie die dazugehörigen Atomsprengköpfe) angesichts der Tatsache, daß die Bauarbeiten auf der „NATO-Baustelle“ Hasselbach-Wüschheim frühestens am 31. Dezember 1986 abgeschlossen sind, und von welcher Definition von Einsatzbereitschaft der Cruise-Missiles geht die Bundesregierung aus?
64. Abgeordneter  
**Tatge**  
(DIE GRÜNEN)
- Was ist der Grund dafür, daß auf dem Gelände der NATO-Baustelle Hasselbach-Wüschheim (Hunsrück) werktäglich morgens um 7.00 Uhr sowohl die deutsche als auch die amerikanische Flagge unter Abspielen beider Nationalhymnen gehißt wird, die dann täglich um 16.30 Uhr wieder eingerollt werden?
65. Abgeordneter  
**Sielaff**  
(SPD)
- Ist es richtig, daß die atomaren Sprengköpfe für die zur Zeit in der Pfalz stattfindenden militärischen Übungen der US-Streitkräfte ständig per Hubschrauber transportiert werden, und wie im einzelnen sind die kommunalen Behörden für eventuell durch Hubschrauberabstürze verursachte Katastrophen vorbereitet und ausgerüstet?

66. Abgeordneter  
**Sielaff**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß während der militärischen Übungen schwere Kettenfahrzeuge mit Raketen bestückt durch Kurstädte wie Bad Bergzabern in der Südpfalz rattern, die generell für Fahrzeuge von über 3,5 Tonnen gesperrt sind?
67. Abgeordneter  
**Catenhusen**  
(SPD)
- Welche Vorschläge hat die Bundeswehr im einzelnen erarbeitet, um u. a. durch einen Ausbau eine stärkere Mitbenutzung des britischen Übungsplatzes Münster-Dorbaum für die in Münster-Handorf stationierten Panzertruppen der Bundeswehr zu ermöglichen, und zu welchen Ergebnissen haben die Verhandlungen mit der britischen Rheinarmee über diese Vorschläge bisher geführt?
68. Abgeordneter  
**Catenhusen**  
(SPD)
- An welchen Standorten von Panzertruppen der Bundeswehr besteht heute schon die Möglichkeit, auf Standortübungsplätzen in dem Umfang, wie es die Bundeswehr auf dem Erweiterungsgebiet in Münster-Handorf beabsichtigt, Fahr- und Schießausbildung mit Panzern durchzuführen, und wo ist die Bundeswehr wie in Münster darauf angewiesen, daß Gefechtsübungen im Verband auf weiter entfernt gelegenen Übungsplätzen durchgeführt werden müssen?
69. Abgeordneter  
**Brück**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesministerium der Verteidigung insgesamt 40 Heizanlagen im Wehrbereichskommando IV der Bundeswehr von Kohle auf andere Energieträger umstellen will?
70. Abgeordneter  
**Brück**  
(SPD)
- Wenn ja, womit begründet die Bundesregierung diese Absicht?
71. Abgeordneter  
**Rusche**  
(DIE GRÜNEN)
- Zu welchen gesellschaftlichen Anlässen und Begebenheiten ist nach Ansicht der Bundesregierung das Tragen einer Uniform erwünscht bzw. unerwünscht, wenn der Parlamentarische Staatssekretär Würzbach es als „unmöglich, weil intolerant“ bezeichnet, daß einzelne Pfarrer sich weigern, Soldaten in Uniform zu trauen (Frankfurter Rundschau vom 16. April 1986)?
72. Abgeordneter  
**Mann**  
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche rechtlichen Schritte der Hauptabteilungsleiter Rüstung und der frühere Bundesminister der Verteidigung Strauß gegen den Herausgeber des Buches „Die Vergangenheit, die nicht endete – Machtrausch, Geschäft und Verfassungsverrat im Justizskandal Brühne—Ferbach“ Ulrich Sonnemann eingeleitet hat?

Bonn, den 18. April 1986